



BÜNDNIS STARKER SOZIALSTAAT

Stark! Sozial! Gerecht!

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON:



Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft



DER PARITÄTISCHE
Niedersachsen

Diakonie
in Niedersachsen



Caritas
in Niedersachsen



Der Kinderschutzbund
Landesverband Niedersachsen

SOVD



Lebenshilfe
Niedersachsen

SOZIALVERBAND

VdK
NIEDERSACHSEN-BREMEN



Blinden- und
Sehbehindertenverband
Niedersachsen e.V. (BVN)



EVG



GEW



ver.di

NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINEN STARKEN SOZIALSTAAT!

Nahezu täglich werden wichtige Errungenschaften, die unseren Sozialstaat ausmachen, von unterschiedlichen Akteuren aus Politik und Wirtschaft zur Disposition gestellt.

Nach der hohen Inflation der letzten Jahre sorgt nun die Debatte um den Abbau des Sozialstaats in weiten Teilen der Bevölkerung für große Unsicherheit. Ein starker Sozialstaat ist kein nice-to-have, sondern die Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben. Ein starker Sozialstaat ist das Versprechen an die Bürger*innen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und im Alter nicht alleingelassen werden, sondern dass die elementaren Lebensrisiken abgesichert werden.

Dies gilt umso mehr in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit. In zahlreichen Betrieben kommt es vermehrt zu Kündigungen von Beschäftigten, die einen sicheren, tariflich bezahlten Arbeitsplatz hatten. In einer Krise brauchen Menschen Schutz und Sicherheit und keine Verunsicherung durch Sozialkürzungsdebatten, die am Ende nur auf das Konto von Rechtsextremist*innen einzahlen. Gerade der Blick in die deutsche Geschichte zeigt: Ein starker Sozialstaat ist das Fundament für eine demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft!

Wir sind mitten in einer anhaltenden Stagnationsphase, die nicht durch Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen bewältigt werden kann, dafür braucht es eine innovative und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Wir sind der festen Überzeugung: Der Sozialstaat stabilisiert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; Kürzungen könnten die Rezession vertiefen.

Dass es beim Sozialstaat Reformen braucht, die ihn zukunftsfest machen, steht außer Frage. Er muss weiterentwickelt und weniger bürokratisch werden. Wir brauchen eine bürger- und beschäftigungsfreundliche Digitalisierung.

Im Zentrum sollte eine Kultur des Vertrauens statt des Misstrauens stehen. Eine Zusammenführung von verschiedenen Leistungen, z. B. in der Bekämpfung von Kinderarmut, ist mehr als dringend geboten.

Das Existenzminimum muss neu und fair berechnet werden. Die Armut in Niedersachsen ist seit 2010 bereits von 14,5 Prozent auf 16,6 Prozent gestiegen, gerade die Altersarmut explodiert. Das betrifft insgesamt 1,3 Millionen Menschen. Wohnungslosigkeit hat einen neuen Höchststand erreicht. Zuzahlungen in der Pflege zwingen immer mehr Betroffene in die Sozialhilfe. Hinzu kommt ein enormer Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, insbesondere die höheren Preise für Lebensmittel und Mieten haben an dieser Entwicklung einen hohen Anteil. Ein handlungsfähiger Sozialstaat funktioniert nur, wenn er nicht in Konkurrenz zu Verteidigung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit steht. Wir müssen die Voraussetzungen für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft schaffen.





Angesichts dieser Herausforderungen und der wachsenden Not brauchen wir Leistungsverbesserungen, um das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats für alle einzulösen:

■ Wir brauchen ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau statt weiterer Senkungen des Rentenniveaus. Das Absicherungsniveau im Alter in Deutschland liegt im europäischen Vergleich im unteren Drittel. Einschlägige Konzepte für ein demografiefestes Rentensystem liegen vor. Der Bund muss sie umsetzen.

■ Wir brauchen ein entschiedenes Handeln gegen Kinderarmut. Hierzu gehören auf Bundesebene eine echte Kindergrundsicherung und im Land Niedersachsen ein kostenloses Mittagessen in Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche.

■ Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Das Land muss sein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einlösen und 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen schaffen. Wir brauchen einen starken öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungssektor. Es braucht zudem ein Landesprogramm für Housing First zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Die Mietpreisbremse muss bundesweit zu einem wirksamen Mietendeckel weiterentwickelt werden.

■ Wir brauchen existenzsichernde Löhne, von der eigenen Arbeit muss man leben können. Aufträge und Fördermittel der öffentlichen Hand dürfen in Bund, Land und Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Tariflöhne müssen bei öffentlicher Förderung auch refinanziert werden.

■ Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung. Hier ist entscheidend, dass Bund, Land und Kommunen Verantwortung übernehmen und die Steuerung nicht dem Markt überlassen. Eine verlässliche und hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege, besonders auch im ländlichen Raum, sind zentrale Instrumente der Daseinsvorsorge in einer demokratischen Gesellschaft.

■ Wir brauchen eine verlässliche soziale Infrastruktur – die Systeme vor Ort sind oft überlastet. Kitaplätze, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und Beratung für Menschen in schwierigen Lebenslagen müssen durch das Land und die Kommunen ausgebaut werden.

■ Wir brauchen den Acht-Stunden-Arbeitstag. Er ist ein Grundstein des betrieblichen Arbeitsschutzes und sorgt für Arbeitssicherheit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein Leben in Selbstbestimmung.

■ Wir brauchen mehr Unterstützung statt Sanktionen für Arbeitslose und junge Menschen ohne Ausbildung. Allein jeder fünfte Mensch zwischen 20 und 34 Jahren verfügt über keinen Berufsabschluss. Beim Übergang von der Schule in den Beruf darf niemand verloren gehen. Es braucht eine Ausbildungsgarantie des Landes; die Jugendwerkstätten können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

■ Wir brauchen Integration statt Sanktion von Erwerbslosen. Wer die Zahl der Bürgergeldempfänger*innen reduzieren will, muss in die Qualifizierung von Menschen investieren und nicht Totalsanktionen fordern. Der Bund muss die Mittel für Eingliederungsleistungen deutlich erhöhen. Für Langzeitarbeitslose ist ein Landesprogramm für einen sozialen Arbeitsmarkt nötig.

■ Wir brauchen eine Bleibeperspektive für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Folgen des Klimawandels geflohen sind. Integrations- und Sprachkurse müssen kostenfrei und schnell zugänglich sein. Berufs- und Bildungsabschlüsse müssen unbürokratischer anerkannt werden, damit eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen kann.

EIN STARKER SOZIALSTAAT IST FINANZIERBAR:

Die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen muss vollständig durch den Bundeshaushalt erfolgen. Die Mehrausgaben im Haushalt können durch eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer getragen werden. Im internationalen Vergleich sind diese Steuern in Deutschland sehr niedrig. Zusätzlich brauchen wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Grundsätzlich braucht es eine konsequente Verfolgung bei Steuerhinterziehung – hier verliert der Staat jährlich nach Schätzungen zwischen 75 und 125 Milliarden Euro an Steuergeldern.

In den Sozialversicherungen brauchen wir mehr Solidarität. Es braucht eine Weiterentwicklung von Gesundheits- und Pflegeversicherung zu paritätischen Bürgervollversicherungen für alle. Dabei sollten die Beitragsbemessungsgrenzen angehoben und alle Einkunftsarten einbezogen werden. Mittelfristig sollte die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden. Untersuchungen zeigen, dass mit einer solchen Ausweitung die gesetzliche Rentenversicherung auch auf mittlere Sicht deutlich stabilisiert werden würde. Schon allein die Einführung der Versicherungspflicht für neue Selbstständige würde den Beitragssatz zur Rentenversicherung stabilisieren.



BÜNDNIS STARKER SOZIALSTAAT

Stark! Sozial! Gerecht!

[https://landesarmutskonferenz-niedersachsen.de/
buendnis-starker-sozialstaat/](https://landesarmutskonferenz-niedersachsen.de/buendnis-starker-sozialstaat/)

